



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 23. März 2026
Landeshaus

Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152

Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 122. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am **Freitag**, dem 20. März 2026,
unmittelbar im Anschluss an die Sitzung des Landtags, circa 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Beginn: 14:15 Uhr

1. Durchführung der Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Flurbereinigungsgerichts

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP
und SSW

Umdruck [20/6322 \(neu\)](#)

hierzu: Drucksache [20/4009](#)

Der Ausschuss wählt einstimmig die im Wahlvorschlag Umdruck [20/6322](#) (neu) genannten Personen und Stellvertretungen.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Erprobung der Befreiung der Kommunen von landesrechtlichen Standards (Bürokratiefreiheitsgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache [20/4189](#)

(überwiesen am 18. März 2026)

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 17. April 2026 erbeten).

3. Gesetz zur Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Umsetzungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache [20/4137](#)

(überwiesen am 20. März 2026)

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 17. April 2026 erbeten).

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache [20/4199](#)

(überwiesen am 19. März 2026 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 17. April 2026 erbeten).

5. Aufstieg im Justizvollzugsdienst erleichtern – Laufbahnverordnung den Bedürfnissen der Praxis anpassen

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache [20/4169](#)

(überwiesen am 19. März 2026)

hierzu: Umdruck [20/6332](#)

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 17. April 2026 erbeten). Er nimmt in Aussicht, eine Justizvollzugsanstalt zu besuchen, um mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Gespräch zu führen.

6. Verschiedenes

Einstimmig bittet der Ausschuss den Wissenschaftlichen Dienst in Verbindung mit der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts um ein Gutachten, ob die Befähigung zum Richteramt als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in PKG und G-10-Kommission anzusehen ist.

Schluss: 14:25 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka